

Grüne Kandidat*innen für den Brettener Gemeinderat

1999

<p>Ulrike Jäger 34 Jahre, 2 Kinder, Lehrerin – Dürrenbüchig Schwerpunkte: Umwelt, Jugend, Bildung</p>	<p>Reto Schwenke 31 Jahre 4 Kinder, Arzt – Bretten Ökologische Stadtplanung</p>	<p>Elke Schäfer 41 Jahre, 2 Kinder, Personalfach- kauffrau – Dürrenbüchig</p>	<p>Anette Wallesch 36 Jahre, 2 Kinder, Erzieherin, Sprantal</p>
<p>Klaus Fanz 47 Jahre, 2 Kinder, Realschullehrer, Bretten Stadtrat, Stadtwerke-Aufsichtsrat Schulen, Haushaltspolitik, Technik</p>	<p>Marion Gündert 41 Jahre ein Kind – Umweltingenieurin, Ortschafträtin Diedelsheim, Umwelt Vorstand GRÜNE OV Bretten</p>	<p>Klaus Beilstein 49 Jahre, 2 Kinder, 1 Kind † 1998 Gymnasiallehrer Ruit</p>	<p>Linda Säckl 39 Jahre, 5 Kinder, Hausfrau, Dürrenbüchig</p>
<p>Heidi Veith 39 Jahre, 3 Kinder, Jugend-, Heimerzieherin, Altenpflegerin, Bretten Soziales, Ältere Mitbürgerinnen</p>	<p>Rainer Ziegler 34 Jahre, 3 Kinder, Dipl.-Ing. (FH) Dürrenbüchig, Arbeit und Technik</p>	<p>Beate Laws 34 Jahre, ein Kind, Techn. Zeichnerin – Bretten</p>	<p>Bernhard Höfle 34 Jahre, ein Kind, Einzelhandelskfm., Diedelsheim</p>
<p>Harald Müller 49 Jahre, 2 Kinder, Bundesbankbeamter, Ortschaftsrat Diedelsheim Vorstand GRÜNE OV Bretten Stadtplanung, Landwirtschaft</p>	<p>Angelika Sell 45 Jahre, 3 Kinder, Verwaltungs- angestellte, Gölshausen Vorstand GRÜNE OV Bretten</p>	<p>Manfred Hiller 58 Jahre, 2 Kinder, Berufsschullehrer – Bretten</p>	<p>Marianne Gruber 43 Jahre, 3 Kinder, Logopädin, Bretten</p>
<p>Sabine Eiber 34 Jahre Betriebswirtin – Rinklingen Stadtplanung, Gleichstellung</p>	<p>Fabian Peltzmeier 19 Jahre Zwischenleistender Dürrenbüchig</p>	<p>Anette Zickwolf 47 Jahre, Sonderschullehrerin, Diedelsheim</p>	<p>Sabine Tölke-Rückert 56 Jahre, 2 Kinder, Realschullehrerin, Büchig</p>
<p>Matthias Rapf 21 Jahre Zvl – Bretten Vorstand GRÜNE OV Bretten Jugend, Kultur</p>	<p>Anita Schad 43 Jahre, 1 Kind, Lehrerin, Bauerbach</p>	<p>Karlheinz Oser 48 Jahre, ein Kind, Sonderschullehrer – Rinklingen</p>	<p>Birgit Welker 33 Jahre, 3 Kinder, Schauspielerin, Ruit</p>
<p>Renato Müller 45 Jahre 2 Kinder KiGa-Leiterin – Diedelsheim Kinder, Jugendliche, Stadtteile</p>	<p>Matthias Goll, 18 Jahre, Azubi, Dürrenbüchig</p>		

Wahlprogramm 1999

ELF GUTE GRÜNDE, GRÜN ZU WÄHLEN

SICHERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN
Bretten muss sich besser auf den Strukturwandel der Wirtschaft einstellen. Die Ansiedlung von produzierenden Betrieben in großräumigen Zonen in Gölshausen – größtenteils von anderen Gemeinden der Region abgeworben – sorgt allenfalls für kurze Sicht für Arbeitsplatzwachstum. Über die Jahre betrachtet ist diese Strategie ein Nullsummenspiel für den Arbeitsmarkt, da parallel in den bestehenden Betrieben des verarbeitenden Gewerbes die Rationalisierung ungebrochen weitergeht und laufend und geräuschlos Arbeitsplätze verschwinden. Auf zwei Feldern kann heute ein Nettozuwachs an Arbeitsplätzen erzielt werden:
• durch das Anwerben von mehr Dienstleistungsbetrieben, denn dieser Sektor wächst nach wie vor.
• durch eine gut gemanagte und wirksame Unterstützung von Existenzgründern und jungen Selbständigen.
Solche Betriebe brauchen auch andere Standorte in der Innenstadt, am Kernstadtrand, in den kernstadtrahnen Stadtteilen. Das Industriegebiet in Gölshausen hat seine Ausdehnungsgrenzen weit überschritten. Wald und weitere Talauen dürfen nicht in Anspruch genommen werden. Alternativen finden sich zudem in Form gemeinsam betriebener Gewerbegebiete mit Nachbargemeinden.

VERSCHÜNDLUNG REDUZIEREN – ZUKUNFTSINVESTITIONEN ERMÖGLICHEN
Bretten liegt in der Verschöndlungsleiter mal an schlechterer Stelle bei den Kreisgemeinden. Schädlingsrückzahlungen hemmen notwendige Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft. Teure Prestigeinvestitionen wie kaum genutzte Parkhäuser, werden auch in Zukunft keine Blanko-Zustimmung von den GRÜNEN erhalten. Dagegen sollen alle das Stadtbild füllen, die daraus resultieren, d.h. die geschaffene Infrastruktur in Anspruch nehmen. Die Gewerbesteuer soll wieder auf einen vernünftigen Stand zum stark gestiegenen Einkommenssteuersatz gebracht werden. Es darf keinen weiteren Verschöndlungsanstieg mehr geben. Nur so kann man sich die Hände für die in der Zukunft wichtigen Investitionen freihalten.

DURCHGEHENDE GRÜNZÜGE IN DER KERNSTADT
Zur Erhaltung der Wohnqualität und aus ökologischen und stadtwirtschaftlichen Gründen müssen durchgehende Grünzüge hergestellt werden, z.B. entlang der Wessach ab dem Edith-Stein-Gymnasium bis nach Diedelsheim. In den älteren Wohngebieten der Kernstadt müssen begrünte Block- und Halbinnenräume planerisch gesichert werden. Der Brettener „grüne Süden“ mit Ruitler Tal, Hobbeg, Eng, Sprantaler Tal und Rechberg soll als zusammenhängender grüner Landschaftsraum für die Tages- und Wochenendnutzung zur Verfügung stehen. Aufwendig wird diese Zone durch die Pflanzung von Baumreihen entlang der Wege, die Schaffung von Wasserflächen und eines durchgehenden Fußwegenetzes, die Einrichtung von Spielflächen und Ruhepunkten.

AUFWERTUNG DER INNERSTADT
Trotz des mehrmaligen Gemeinderatsbeschlusses auf „Innenstadterweiterung, behutsame Ansiedlung“ in den Außenbezirken plant und baut der OB dort weiter und vernachlässigt die Innenstadt. Diese hingegen muss als Einkaufszentrum und Außenhandelsort gesichert werden. Dazu gehören die Aufwertung des Marktplatzbereiches, die Sicherung der Einkaufsgrundversorgung in der gesamten Altstadt, die Umgestaltung des Sporgasseparkplatzes als Handels-, Wohn- und Parkzentrum, die Neugestaltung des Engsbereichs mit Wohnen, Einzelhandel und Dienstleistungen, die altstadtgerechte Neubelebung Sporgasse von der Sabatgasse bis zur Marktgasse und – nach dem Ausbau Wilhelmstraße – Alexanderplatz – die Befreiung des Marktplatzes und der Weibler Straße vom Verkehr.

ÖKOLOGISCHE SCHWERPUNKTPROJEKTE
Ziemlich verpufft stellt sich die Öko-Offensive seit längerer Zeit dar. Bretten braucht eine prinzipielle Neuorientierung in Form von jährlich wechselnden Schwerpunktprojekten statt des Gießkannenprinzips, z.B. die durchgehende Renaturierung des Schneewissenbächle bzw. des Saalbachs oder die Anlage des „Sprantaler Sees“ in Höhe des Amphibientunnels. Nicht in Vergessenheit geraten darf die Herstellung von Ausgleichsflächen für Neubaubau, z.B. für das neue Stadion oder das neue Diedelsheimer Tennisgelände.

MEHR ÖKOLOGIE DURCH NUTZUNG DER TECHNIK
Elektrische Energie erfordert beim Transport über das Land große Verluste und wird – unter Klimawandel an die Umgebung – häufig hergestellt. Lokale Blockheizwerke hingegen liefern Strom und Wärme in die aller nächste Umgebung. Dieses Konzept muss in Bretten flächendeckend ausgebaut werden. Bauläger sind bei der Vergabe städtischer Grundstücke zur Niedrigenergiebauweise zu verpflichten, d.h. Solartechnik, baubiologische Techniken und Materialien sollen eingesetzt werden. Für die öffentlichen Gebäude der Stadt sollen effiziente Mechanismen zur Gebäudeerhaltung und Energieersparnis formuliert und umgesetzt werden. Die Funktionsfähigkeit der städtischen Trinkwasserbrunnen muss in jedem Falle erhalten bleiben. Die Stadtwerke Bretten als Tochter der Stadt müssen als eigenständiger Energie- und Versorgungspartner erhalten bleiben, denn nur über dieses lokale Instrument können sinnvolle lokale Projekte wie z.B. Blockheizwerke nach den Wünschen der Stadt und ihrer BürgerInnen verwirklicht werden.

LOKALE AGENDA 21 UMSETZEN
Was zu tun ist – die lokale Agenda ist ein Initiativ- und Organisationsnetz zur Bewältigung globaler und lokaler ökologischer und gesellschaftlicher Probleme. Das Prinzip der „Nachhaltigkeit“ ordnet kurzfristige vornehmlich bilige Maßnahmen dauerhaften Lösungen unter. Schwerpunkt dabei ist die Bürgerbeteiligung. Für den Gemeinderat besteht dabei großer Handlungsbedarf – besonders auch für den von den GRÜNEN vertretenen Linkenkreis „Menschen in der Stadt“. Es sind auf kommunaler Ebene Planungen anzustellen, Maßnahmen zu treffen, die dem globalen Klimaschutz förderlich sind, den schonenden Umgang mit Ressourcen in den Vordergrund stellen. Zugrunde liegt die Erkenntnis, dass langfristig wirtschaftlicher Fortschritt nur in Verbindung mit Umweltschutz möglich ist. Dazu gehört zum Beispiel die Parallelbewirtschaftung von Flächen, die Müllvermeidung oder der Öffentliche Personennahverkehr, der immer mehr Menschen vom Auto umrinnen lässt, die Reinhaltung des Wassers und der Luft und vieles andere mehr.

BÜRGERINNENORIENTIERTE VERKEHRSPOLITIK
Den Gölshäusern ist die B 293-Ortsdurchfahrt nicht mehr zuzumuten. Der Verkehr Pförzheim / Körtzruhe – Hellbronn muss über die Nord-Umgehungsstraße sowie über den Umbau des Alexanderplatzes mit allen Abbiegerichtungen und den stadtgerechten Weiterbau der Wilhelmstraße – Bahnhofstraße aus den Wohngebieten der Menschen ausgelagert werden. Der Marktplatzbereich wird dann vom Durchgangsverkehr befreit. In den Wohngebieten jedoch haben die Menschen absoluten Vorrang. Dies aussert sich durch flächendeckende Tempo-30-Begrenzung und durch die Gestaltung der „Hauptstraßen“ in den Stadtteilen mit Querungsmöglichkeiten, Begrünung, Beleuchtung usw. Insbesondere für die stadtrahnen Gewerbegebiete müssen neue Möglichkeiten des Schienen-, Lastentransportes erschlossen werden. Die Flächenversorger wurde auf Initiative der GRÜNEN sichergestellt. In Gölshausen und im Süden der Kernstadt müssen Anlagen für den Güterumschlag auf der Schiene erhalten bzw. neu geschaffen werden. Die GRÜNEN haben das Brettener Radwegkonzept ins Leben gerufen und arbeiten an seiner Verwirklichung beharrlich weiter. Folgende Lücken müssen noch geschlossen werden: Büchig – Bretten, Büchig – Neilsheim, Bretten Sportzentrum – Knittlingen, Bretten – Oberdingen, Gartenstraße, Pförzheim Straße – gegen Einbahn. Ein jährlicher Radwegbericht, etabliert in einer festen Hausaltabelle, fördert den Ausbau des Radwegenetzes zu einem sich immer dichter schließenden System.

BESSERE CHANSEN DURCH GELINGENDE SCHULPOLITIK
Bretten hat bisher in guter Weise seine Stellung als Schulsiedlung gefestigt, dennoch aber auch wesentliche Punkte vernachlässigt: Die Existenz der Diedelsheimer Hauptschule ist seit langem gefährdet. Doch innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft mit Gölshausen könnte noch eine Schulkonzeption verwirklicht werden. Für das gesamte Stadtgebiet steht eine Neufestlegung der Schulbereichsgrenzen immer noch aus. Eine gemeinsame Oesertal- und Kreisberufsschule zentrum bringt wesentliche Verbesserungen in der Bildungsstruktur der Region.

MEHR SPIELPLÄTZE IN DER INNERSTADT – BETREUTES WOHNEN FÜR ÄLTERE
Noch immer fehlt in der Innenstadt ein betriebsfähiges Spielplatzkonzept. Der Siedlerparkplatz und der Sporgasseparkplatz sollen in diese Überlegungen einbezogen werden. Weitere Wohnungen für ältere Mitbürger, die nur in geringem Umfang auf Hilfe angewiesen sind, sollen geplant werden.

ENTWICKLUNG DER STADTEILE
Ob in Sprantal die Erneuerung des alten Dorfkerns, in Gölshausen die Aufwertung der Ortsmitte, die Anbindung Ruits an die Stadtbahn – bei allem, was in der Kernstadt an richtiger Politik gemacht wird – dürfen die Belange der Stadtteile nicht vergessen werden. Gelebte Gestaltung in der Kernstadt und Möglichkeiten für die Stadtteile dürfen nicht länger das ausschlaggebende Prinzip sein. Die GRÜNEN mit ihren Vereinskern in allen Stadtteilen werden dafür sorgen.

GRÜNE Bretten im Internet
<http://www.gruene-bretten.de>

...DESHALB AM 24. OKTOBER
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Grüne im Gemeinderat 1999 – 2004

Klaus Fanz

Harald Müller

Was... in aller Welt!

- Aug '99: Totale Sonnenfinsternis über Europa (u.a. Deutschland), sowie dem westlichen Asien
- Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien, Beginn des Zweiten Tschetschenienkriegs



- Olympische Spiele in Sidney.
- Wladimir Putin wird neuer russischer Präsident.

- In einer sehr knappen Wahl wird der Republikaner George W. Bush zum 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

- Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA auf das World Trade Center und das Pentagon in den USA fordern rund 3000 Todesopfer.



- 2001: Die deutschsprachige Wikipedia wird gegründet.
- 2002: Einführung des Euro
- August '02 Elbhochwasser: Jahrhundertflut an der Elbe und einigen ihrer Nebenflüsse.

Grünes Deutschland

Was ist gerecht? Als Gerhard Schröder das Land im März 2003 mit der „Agenda 2010“ überrumpelt, sind die Reaktionen der Grünen gemischt: Die meisten sehen, dass der Sozialstaat reformiert werden muss, um auch für kommende Generationen bezahlbar zu bleiben.

Heftige Kritik üben die Grünen aber an den zu niedrigen ALG-II-Sätzen und vielen weiteren von der CDU im Bundesrat durchgesetzten Verschärfungen.

